

Initiative des Heimat- und Geschichtsvereins

Stolpersteine werden ergänzt und korrigiert

Von STEFAN CLAUSER

Beckum (gl). Die Stolpersteine, die auf Beckums Straßen an die jüdischen Opfer der Nazizeit erinnern, sollen um 14 Exemplare ergänzt und in zwei Fällen korrigiert werden. Ein entsprechendes Begehren des Heimat- und Geschichtsvereins fand am Dienstag im Schul- und Kulturausschuss einhellige Zustimmung.

Heimatvereins-Vorsitzender Stefan Wittenbrink hatte den Bedarf zu Beginn der Sitzung erläutert. 31 der kleinen Gedenksteine im Straßenpflaster gibt es derzeit für jüdische, einen für ein christliches Opfer des NS-Regimes. Die von Wittenbrink im Rahmen seiner Untersuchung zum Schicksal ehemaliger jüdischer Bürger

Beckums gewonnenen Erkenntnisse („Die Glocke“ berichtete) haben jetzt den Anpassungsbedarf offenbart.

Wittenbrink erläuterte das am Beispiel von Salomon Windmüller, der nach einer willkürlichen sechswöchigen Inhaftierung Selbstmord begangen hatte. An ihn, dessen Freitod eindeutig auf die Verfolgung und Demütigung zurückzuführen sei, erinnere bisher kein Stolperstein. Das solle sich wie in weiteren dokumentierten Fällen ändern.

Im Fall der Schwestern Paula und Klara Heine, die auf der Nordstraße 14 lebten, sieht Wittenbrink Korrekturbedarf. Ihre Stolpersteine weisen bisher die Inschrift „nach Polen ausgewiesen“ auf. In Wahrheit wurden die beiden behinderten Frauen in

Brandenburg/Havel umgebracht.

Wittenbrink gab der Erwartung Ausdruck, dass die Ergänzung der Gedenksteine innerhalb eines Jahres in Zusammenarbeit zwischen Stadt und Heimatverein erfolgen kann. Einen Abschluss wünscht er sich bis zum Gedenktag 9. November 2023. Fachbereichsleiterin Cornelia Baumann sagte dem Projekt die Unterstützung der Stadt zu. Wie aus der Sitzungsvorlage hervorgeht, muss für die Verlegung der Stolpersteine in Abstimmung mit der beteiligten Stiftung ein Vorlauf von rund zehn Monaten einkalkuliert werden. Pro Stein fallen nach aktuellem Stand Kosten in Höhe von 120 Euro an. Somit müssten insgesamt 1920 Euro finanziert werden, was durch Einwerbung von Spenden geschehen soll.



Die Schwestern Heine von der Nordstraße wurden keineswegs nach Polen ausgewiesen, sondern in Brandenburg/Havel ermordet. Ihre Gedenksteine sollen korrigiert werden. Foto: Wille